

## WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 29. Dezember 1926.

Fortsetzung der Spezialdebatte in der Beratung des Voranschlags.

Der Vorsitzende Gemeinderat Schorf eröffnet um vier Uhr die Nachmittagsitzung und erteilt dem Stadtrat Rummelhardt zum Kapitel Verwaltungsangelegenheiten das Wort. Stadtrat Speiser hat durch seine Mitteilungen klar legen wollen, wie unparteilich die Personalangelegenheiten verwaltet werden. Eine bessere Methode dafür aber ist die, dass sich Stadtrat Speiser um die Zugehörigkeit eines Angestellten zu einer Partei oder einer Gewerkschaft überhaupt nicht kümmern solle, sondern einzig und allein darum, dass der Beamte oder Angestellte jederzeit voll und ganz seine Pflicht erfülle. Die Beamtenschaft kann ihre Pflicht nicht mit Lust und Liebe erfüllen weil man sie einseitig parteipolitisch behandle. Redner weist auf die zwischen den Ziffern des Referenten und den Ziffern des Rechnungsabschlusses bestehenden Unterschiede und bemerkt bei Betrachtung dieser Differenzen könne man auch nicht an die Ziffern über die Anstellung und Beförderung der nicht marxistischen Beamten und Lehrer glauben. Der Referent möge sich einer grösseren Genauigkeit befleißigen. Das Kreditinstitut für die Gemeindeangestellten nehme für Darlehen 20 bis 50 Prozent Zinsen, es wäre die soziale Pflicht der Gemeinde, die Angestellten aus den Krallen dieses Wucherinstitutes zu befreien. Der im Gerichtssaale vollendete Winexskandal sei für die sozialdemokratische Partei und der Verband der städtischen Angestellten gleicher Weise ein Skandal erster Ordnung. Da man noch immer nicht über die Verwendung der vielen Millionen Gemeindegelder Klarheit erlangt habe, stelle Redner den Antrag, die Winexangelegenheit durch eine aus dem Gemeinderat nach dem Proporz zu wählende Untersuchungskommission überprüfen zu lassen und hierbei festzustellen, wieviel Gemeindegeld vergeudet wurde und inwieweit die dabei kompromitierten städtischen Angestellten sich gegen die Dienstordnung im Bezug auf ihre Standeshre vergangen haben. Diese Untersuchungskommission müsse schleunigst einberufen, ihre Beratungen befristet und das Ergebnis dem Gemeinderat mitgeteilt werden. Es gehe nicht an, dass die Winexsache einfach im Sande verläuft. Die Mehrheit müsse auch an eine Revision der Personalpolitik in der Richtung denken, dass neben dem Verband der städtischen Angestellten auch die anderen Organisationen gehört werden. Es sei unerträglich, dass eine Organisation die derartige Sünden auf sich gehäuft hat, eine Ausnahmestellung einnimmt und die einzige ist, mit der der Dienstgeber verkehrt. Bei den Schulleiterernennungen wurden verdiente ausgezeichnet qualifizierte Lehrpersonen mit 28 Dienstjahren übergangen. Es wäre höchste Zeit, die Bevölkerung darüber zu beruhigen, dass das Rathaus nicht ein Herd parteimässiger Personalpolitik sei. Redner habe nur den einen Wunsch, dass die Mehrheit getreu ihrem Vorsatz dem Tüchtigen wirklich freie Bahn gegeben und er nicht durch Terror und einseitige Parteipolitik eingeeignet werde.

G.R. Untermüller (chr. soz.) führt eingangs seiner Rede Beschwerde über Unzulänglichkeiten der Kontrolle und auch darüber, dass der

Minorität Einsichtnahmen in Akte verwehrt werden. Auch lässt die Behandlung von Anträgen, die die Minorität stellt, sehr viel zu wünschen übrig und die Dringlichkeitsanträge erfahren ebenfalls dasselbe Schicksal. Die Beschlüsse der Bezirksvertretungen werden missachtet, ebenso auch die Beschlüsse der Fürsorgeinstitutsobmänner, die als Prügelnaben verwendet werden. Der Redner bespricht sodann verschiedene Verringerungen des Personalstandes. Es sei nicht richtig, dass kein Zwangsabbau durchgeführt wurde. Er kommt dann darauf zu sprechen, dass in den städtischen Gaswerken im August 21 Arbeiter entlassen, wenige Tage später 70 aufgenommen und wieder einige Tage später 64 entlassen wurden. Gemeinderat Untermüller kritisiert dann, dass trotz der ungeheuren Arbeitslosigkeit in den städtischen Betrieben Überstunden gemacht werden. Er bezeichnet es als einen grossen Uebelstand, dass die Gemeindeverwaltung nur mit der Freien Gewerkschaft verkehrt und nicht auch mit den anderen Gewerkschaften. Er ersucht im Interesse der Demokratie, auch den Minderheiten Gelegenheit zu geben, sich als gleichberechtigte Angestellte fühlen zu können. Die Theorie über die Koalitionsfreiheit ist ja sehr schön, aber in der Praxis ist es damit ganz anders. Wir verlangen daher, dass die Grundsätze, die Herr Stadtrat Speiser heute hier vorgebracht hat auch wirklich zum Durchbruch gebracht werden. Die Gemeindeverwaltung muss auch damit Schluss machen, Subkassier für die verschiedenen Gewerkschaften zu sein. Mit Recht können Organisationen, die sich des Unternehmers als Kassier bedienen, als gelbe Angesprochen werden. Diesbezüglich bringt Gemeinderat Untermüller den Antrag ein, dass vom 1. Jänner an keine Gehaltsabzüge mehr gemacht werden dürfen, wenn es nicht die Angestellten selbst wünschen. Wir sind nicht in der Lage für das Kapitel zu stimmen wenn wir auch vielleicht die Hoffnung im Stillen hegen, dass sich die Verhältnisse auf diesem Gebiete bessern werden.

G.R. Dirisamer (chr. soz.) befasst sich mit den Verhältnissen im städtischen Fuhrwerksbetrieb und erklärt, dass auch hier die Personalpolitik in mancher Hinsicht unheilvolle Wirkungen zeigen, wie die unter dem Vorwand der Pflichtvergessenheit erfolgte Massregelung des Arbeiters Kobler beweise. Im Zusammenhange damit erzählt Redner die Geschichte einer Gerichtsverhandlung, in der ein städtischer Beamter, den einer seiner Kollegen im Stiche gelassen hatte, wegen falscher Zeugenaussage zu mehreren Monaten Kerker verurteilt wurde obgleich er sicherlich seine Aussagen in gutem Glauben abgegeben hatte. Dieser Beamte sei offenbar ein Opfer der Verpolitisierung des Personalreferates. Dadurch, dass der Einfluss der Organisationen vorherrschend ist, befinden sich alle in Betracht kommenden Persönlichkeiten mit dem Personalreferenten in der Gewalt der sehr aggressiven Vertrauensmänner. Auf die Dauer ist dieser Zustand unhaltbar. Das Personalreferat muss auch in anderer Hinsicht kritisiert werden, denn die Gemeinde Wien ist in erster Linie berufen, der grossen Arbeitslosigkeit zu steuern, nicht aber das Heer der Arbeitslosen zu vermehren. Im Wohnungsbau vollziehen sich auch merkwürdige Dinge. Hier wird abgebaut, fortwährend ungruppiert, sodass die Beamten schon sehr nervös und verbittert sind. Diese Änderungen werden offenbar vorgenommen, weil man den Beamten doch nicht recht traut und ihnen nicht vollen Einblick in die Geschäftsführung ermöglichen will. Der Beamte soll nicht dahinter kommen, wie auch auf diesem Gebiete parteipolitisch vorgegangen werde. Schliesslich bemängelt Redner, dass den Ressorbeamten der einzelnen Abteilungen der strenge Auftrag erteilt worden sei, freigewählten Mandatären wie den Bezirksräten keine Auskünfte zu geben, dass sei eine arge Beschneidung der Demokratie.

29  
/12

N

Zweiter Bogen der Nachmittagsausgabe.

G.R. Paulitschke (chr. soz.) gibt zunächst seiner Ueberszeugung Ausdruck, dass Stadtrat Speiser seine Geschäfte nicht objektiv führe. Er kritisiert sodann die Gebühren, die Beamten für Uebersetzungsarbeiten gezahlt werden. Für eine <sup>Maschinschreib-</sup>Seite ist die Entlohnung 28 Groschen. Vor Monaten haben die Uebersetzer eine Entlohnung von 40 Groschen gefordert. Daraufhin wurden ihnen die Uebersetzungsarbeiten sofort entzogen. Nach einiger Zeit wurden sie aber wieder zu Uebersetzungsarbeiten herangezogen, aber die Erhöhung ist bis heute nicht erfolgt. Der Redner bemängelt auch, dass Remunerationen nur an obere Beamte vergeben werden und verlangt, dass auch Remunerationen an Beamte niedriger Kategorien vergeben werden. Gemeinderat Paulitschke bemängelt ferner die ausserordentlichen Zuwendungen (Gnadengaben) und kritisiert, dass sich diese Gnadengaben nur in der Höhe von zwanzig Schilling bewegen. Die Entlohnung der Religionslehrer an den Hilfsschulen erfährt ebenfalls eine scharfe Kritik und der Redner stellt den Antrag, den Religionslehrern an den Hilfsschulen ihre monatliche Zulage auf zwölf Schilling zu erhöhen.

GR. Schlössinger (chr. soz.) beschäftigt sich eingehend mit dem Lehrerdienstgesetz, dass einen Zustand der Rechtsunsicherheit herbeigeführt und die Lehrer der vollkommenen Willkür ihrer Dienstgeber ausliefern. Ganz unmöglich sei die Qualifikationsbeschreibung mit ihren 17 Punkten. Die Bezirksinspektoren sind über die Parteizugehörigkeit der Lehrpersonen sehr genau informiert und diese Kenntnis drückt sich eben in der Qualifikation jedes Einzelnen sehr deutlich aus. In Disziplinarangelegenheiten sind dem Präsidenten des Stadtschulrates ganz gewaltige Rechte eingeräumt, er verfügt nach eigenem Ermessen die Dienstenthebung, die Herabsetzung des Gehaltes auf fünfzig Prozent, er stellt den Disziplinarrat zusammen, er weist die Straffälle den einzelnen Senaten zu. Solche Machtfülle ist im Sinne der demokratischen Rechtspflege ein ganz unmöglicher Zustand. Nach ausführlicher Erörterung der Institution der Elternvereine und Elternräte wendet sich die Rednerin gegen den Artikel 3 des Dienstgesetzes der eine grobe Ungerechtigkeit beinhaltet und insbesondere den gefährlichen Passus aufweise, dass der Dienstgeber Lehrer und Lehrerinnen vorzeitig pensionieren könne aus Mangel an Schülern oder anderen wichtigen Gründen. Die Gewaltregulierung, die zuletzt erreicht ist entspricht keineswegs den Erwartungen der Lehrerschaft. Man kann da sagen, es kreisten die Berge und ein Mäuschen wurde geboren. Noch immer ist die Vollvalorisierung nicht erreicht. Die Heimkehrer und Invaliden sind überhaupt durchgefallen. Der Verband der städtischen Angestellten hat hier seine Pflicht nicht erfüllt. Wir sind aus diesem Verband ausgetreten, weil er unsere Standesfragen nicht vertritt. Er verdient keine andere Bezeichnung, als die einer Dienstgeberorganisation, als einer gelben Gewerkschaft. Er ist auch nicht neutral, weil er der roten Gewerkschaftskommission angeschlossen ist. Auch im Pädagogischen Institut sind nur geeichte Sozialdemokraten ausgewählt worden. Kinder des christlichen Volkes können dort sehr schwer aufgenommen werden. Auch den Juden hat man dort den Weg frei gemacht. Rednerin beantragt, dass den Lehrpersonen eine Personalvertretung bewilligt, der Landtg eine Novelle zum Lehrerdienstgesetz beschliessen soll und zur Erstattung der Vorschläge über die Ernennung von Schulleitern und Schulleiterinnen soll eine geminderliche nach dem Proportio zusammengesetzte Kommission eingesetzt werden.

Die Sitzung wird um halb neun Uhr abgebrochen, da niemand mehr zur Gruppe Personalangelegenheiten zum Wort gemeldet ist. Morgen wird Stadtrat Speiser das Schlusswort halten, worauf die Verwaltungsgruppe für Sozialpolitik und Wohnungswesen beraten wird.

Keine Sprechstunde beim städtischen Baureferenten. Morgen entfällt wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde beim amtsführenden Stadtrat Siegel.